



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Hashagen, J.: Deutschland und der amerikanisch-japanische Gegensatz

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Deutschland und der amerikanisch-japanische Gegensatz

Von Professor Dr. J. Hashagen

**D**or dem Kriege und während des Krieges haben die Deutschen die verschiedenen Unstimmigkeiten, die innerhalb der vielköpfigen Gesellschaft ihrer Feinde hervorgetreten sind, gerne zugunsten Deutschlands gebucht. Besonders dem sich erweiternden Bierverbände ist wegen seiner angeblich unüberbrückbaren inneren Gegensätze oft genug ein nahes Ende mit aller Bestimmtheit vorausgesagt worden. Leider ist von diesen Prophezeiungen bis jetzt keine verwirklicht worden. Auch bei der Würdigung des amerikanisch-japanischen Gegensatzes hat man in Deutschland öfters mehr das in nahe Aussicht gestellt, was man wünschte, nämlich einen Zusammenstoß, am liebsten einen Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, damit der von manchen Kreisen so lebhaft gefürchtete Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten dann unmöglich würde — als daß man die politischen Tatsachen und die wirkliche Wahrheit mit Ruhe ins Auge gefaßt hätte und zu der für Deutschland freilich bitteren Erkenntnis gelangt wäre, daß Amerikas Gegensatz gegen Japan eine weltpolitische Erscheinung ist, die mit allen ihren weitgreifenden Folgen nicht zugunsten, sondern zuungunsten Deutschlands gewirkt hat.

Wie bei den meisten außerpolitischen und weltpolitischen Mißerfolgen, die Deutschland vor dem Kriege und während des Krieges erlitten hat, die englischen Diplomaten irgendwie ihre Hand im Spiele haben, so auch bei der gegen Deutschland gerichteten Ausnutzung des amerikanisch-japanischen Gegensatzes. Und zwar ist dieser tiefgreifende, nicht auf Mißverständnissen oder auf Heße, sondern auf sachlich unausgleichbaren Interessenkonflikten beruhende Gegensatz nicht erst während des Krieges, sondern bereits vor dem Kriege, in einer der kritischsten Epochen der Vorgeschichte des Krieges, von England zuungunsten Deutschlands ausgenutzt worden.

Es war in den aufgeregtesten Wochen der letzten und schwersten Marokkokrise im Sommer 1911, die infolge der englischen Machenschaften den Weltfrieden bereits aufs schwerste bedrohten, als England mit kühnem Griff eine für Deutschland ungünstige Neuorientierung seiner ostasiatischen Politik vornahm. Obwohl der kurz vor Beendigung des russisch-japanischen Krieges abgeschlossene zweite Vertrag mit Japan noch nicht abgelaufen war, erzwang England eben damals, als sich die allgemeine weltpolitische Lage bedenklich zuspitzte, eine

Änderung der erst drei Jahre alten Vertragsbestimmungen, zunächst natürlich im eigenen Interesse, dann aber auch im Interesse des stammverwandten, mit England schon damals sympathisierenden amerikanischen Volkes. In diesem dritten mit Japan abgeschlossenen Vertrage ließ sich England im Hinblick auf einen möglichen Krieg seines japanischen Bundesgenossen gegen die Union von der noch im zweiten Vertrage von 1905 vorgesehenen Waffenhilfe gegen Amerika entbinden.

Schon dieser englisch-japanische Vertrag von 1911, der es an allgemeiner weltpolitischer Bedeutung mit dem ersten von 1902 aufnehmen kann, wirkt, wenn man seinen wesentlichen Inhalt und den Zeitpunkt seines Abschlusses berücksichtigt, ein helles Licht auf die Art und Weise, wie England den schon damals in Ostasien und in dem Riesengebiet des Stillen Ozeans klar entwickelten amerikanisch-japanischen Gegensatz zu seinen Gunsten und das heißt stets zuungunsten Deutschlands ausnützt. Gezwungen, zwischen Japan und der Union zu wählen, schlägt England sich auf die Seite der letzteren. Es verbessert damit seine weltpolitische Stellung nach verschiedenen Richtungen. Einmal versetzt es dem schon damals vielfach recht unbequemen japanischen Bundesgenossen einen empfindlichen Schlag. Außerdem verpflichtet es sich die Amerikaner, indem es ihre schwächste Flanke diplomatisch zu decken unternimmt.

Zudem aber England verpflichtet, übt es stets auch einen Druck aus. Daraus erklärt sich seit alters ein Teil der Weltpolitik der englischen Diplomatie. Den Amerikanern geben die Engländer schon damals deutlich zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten auf englische Hilfe angewiesen sind: sie machen sich ihnen in Ostasien und in der pazifischen Politik gegenüber Japan unentbehrlich. In der Hand der fähigen englischen Vertreter in Tokio und Peking laufen die Fäden der amerikanisch-japanischen Beziehungen zusammen. Wie Japan in englischen Händen früher als Druckmittel gegen Rußland treffliche Dienste geleistet hat, so jetzt als Druckmittel gegen die Vereinigten Staaten. Fortan kann die äußere Politik der Union noch stärker als in den Jahren vorher den Interessen der englischen Weltpolitik dienstbar gemacht und also für den Kampf gegen Deutschland eingespant werden.

Bersärfungen der amerikanisch-japanischen Beziehungen, die ja schon in dem letzten Jahrzehnt vor dem Ausbruche des Weltkrieges und nicht nur wegen der pazifischen Einwanderungsfrage eingetreten sind, werden deshalb im Foreign Office nicht ungern gesehen. Je drohender nämlich die Gefahr eines amerikanisch-japanischen Krieges, die schon vor dem Weltkriege nicht mehr als schreckhafte Phantastie gelten konnte, am Horizonte heraufzieht, um so mehr ist Washington auf London angewiesen, um so gefügiger zeigt sich die amerikanische Regierung gegenüber anderen Wünschen des neuen englischen Freundes. Die Folge ist, daß sich das weltpolitische Zusammenarbeiten zwischen den beiden angelsächsischen Nationen (und zwar nicht nur in Ostasien) um so deutlicher bemerkbar macht, je mehr sich der amerikanisch-japanische Gegensatz verschärft. Man kann sagen,

daß sich die englische Rechnung auch in diesem Falle als richtig erweist, weil Englands deutschfeindliche Pläne von jetzt ab in Amerika steigenden Anklang finden, wodurch die Errichtung einer blühenden amerikanischen Filiale für die Deutschenhege drüben noch mehr erleichtert wird.

\* \* \*

So lagen die Dinge vor dem Kriege. Schon auf Grund des Vertrages von 1911 und bei gründlicher und kaltblütiger Untersuchung seiner Tragweite mußte man zu der Erkenntnis gelangen, daß der amerikanisch-japanische Gegensatz, gerade weil er unbegrenzter Verschärfung fähig war, nicht ein Trumpf in den Händen der deutschen, sondern der englischen Spieler war. Diese Erkenntnis konnte auch durch die begreifliche Tatsache nicht verdunkelt werden, daß die englischen weißen Kolonien wie Kanada, Australien und selbst Südafrika an einer kräftig organisierten, nicht nur vom wirtschaftlichen Konkurrenzneide, sondern auch vom Rassenhass getragenen antijapanischen Agitation tätigen Anteil nahmen.

Diese Erkenntnis ist dann durch die Erfahrungen des Weltkrieges nach allen Seiten vertieft und befestigt und in vollem Umfange bestätigt worden. Man konnte sogar beobachten, daß Wilson noch in seiner glücklichen Neutralitätsperiode deutschfeindlichen Forderungen Englands um so eher nachgab, je dringender er gegenüber den verschiedenen japanischen Vorstößen und Anmaßungen der englischen Hilfe bedurfte. Eine Verschlechterung der amerikanisch-japanischen Beziehungen wirkte deshalb während des Krieges auf die amerikanisch-deutschen Beziehungen in der Regel ungünstig zurück.

Daß der amerikanisch-japanische Gegensatz endlich auch beim Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg eine entscheidende Rolle gespielt hat, ist darnach selbstverständlich. So wahn sinnig hat natürlich auch der außerpolitische Dilettant Wilson nicht gehandelt, daß er den Krieg gegen Deutschland vom Zaune brach, ohne sich der japanischen Rückenfreiheit zu vergewissern. Um sich diese in Form eines wie immer beschaffenen Ausgleiches zu sichern, bedurfte er von neuem der energischen Beihilfe der englischen Diplomatie. Ähnliches gilt von dem für unser Chinageschäft so abträglichen diplomatischen Bruche zwischen Deutschland und China, der ohne englisch-japanische Genehmigung ebenfalls nicht möglich gewesen wäre.

Es wäre gewiß übertrieben, wollte man behaupten, daß der amerikanisch-japanische Gegensatz in englischen Händen das unerläßliche Druckmittel war, um die Amerikaner in den Krieg gegen die Deutschen hineinzuziehen. Wer zu solcher Beurteilung neigt, übersieht noch immer die nicht nur gegenüber Japan bestehende Interessengemeinschaft der angelsächsischen Völker, die sie schon vor dem Kriege zur Begründung einer mächtigen kapitalistischen Erwerbsgenossenschaft veranlaßt hatte. Aber eine entscheidende Rolle hat die japanische Frage auch noch bei den letzten Entschlüssen gespielt. Zugleich hat die angelsächsische Presse in geschickter Stimmungsmache den amerikanisch-japanischen Gegensatz erfolgreich dazu benutzt,

um die Deutschen mit dem Hinweise darauf in Sicherheit zu wiegen, daß den Amerikanern durch die Japaner doch eigentlich die Hände gebunden seien.

Zurzeit hat England eine amerikanisch-japanische Verständigung oder wenigstens einen Waffenstillstand veranlaßt. Wie lange er dauert, läßt sich nicht übersehen. England wird aber alles aufbieten, um einen Zusammenstoß zwischen seinen beiden Bundesgenossen zu verhindern.

Erst in späteren Jahren wird vielleicht auch in diesem Teile der Welt eine Abrechnung erfolgen. Erst dann würde Deutschland aus dem amerikanisch-japanischen Gegensatz Nutzen ziehen können.



## Ein Verhältnismahlverfahren als politisches Machtmittel der stärksten Partei

Von Dr. Riefes, Direktor des Statistischen Amtes, Kassel



er „Tag“ vom 27. April d. J. brachte unter der Spitzmarke „Mut zur Wahrheit“ bemerkenswerte Ausführungen des Abgeordneten Dr. Südekum über die Frage der preußischen Wahlrechtsreform. Da auch in den Verhandlungen des Verfassungsausschusses des Reichstags das Verhältnismahlverfahren eine Rolle gespielt hat, dürften die Vorschläge, die Südekum hierzu macht, erhöhtes Interesse beanspruchen.

Das positive Ergebnis seiner Betrachtungen besteht darin, daß er in Übereinstimmung mit Vorschlägen von Hugo Preuß, und zwar für eine etwaige preußische Konstituante, ein bestimmtes Verhältnismahlverfahren empfiehlt: jeder Wahlberechtigte soll danach das Recht haben, auf einem Stimmzettel den Mann seines Vertrauens zu benennen; „die, sagen wir vierhundert, am höchsten Bestimmten, sind damit in die grundlegende Vertretung gewählt worden.“ Der ganze Staat gilt dabei als ein einziger Wahlbezirk.

Die allgemeinen Wirkungen eines solchen Wahlverfahrens kennzeichnet Südekum selbst unter Benutzung der Namen verstorbener Politiker dahin, daß von zehn Millionen Stimmen dann vielleicht sechs auf wenige prominente Persönlichkeiten wie Bismarck, Bebel, Windthorst, Eugen Richter, Levekov, Bennigsen, Mollath und Mommsen entfallen würden, während dreihundertundzweiundneunzig Abgeordnete von „einem Teil der noch verbleibenden vier Millionen“ gewählt sein würden.

So könnte es in der Tat kommen.